[illegible] beschlossen sei, [illegible] um die Einigung zu ermöglichen, da der Hinzutritt anderer Parteien, wie z. B. der norwegischen und schweizerischen, sie auch ihres rein bolschewistischen Charakters entkleide. — Die Parteileitung hat schon vor dem Zusammentritt der Konferenz Versuche gemacht, um mit den Parteien, die auf dem Boden der Anschauungen von Zimmerwald und Kienthal stehen, in Verbindung zu treten. Auf Grund dieser neuen Informationen und auf Grund einer ausgiebigen Erörterung wird dann der Vorstand, der für den Anfang des November in Aussicht genommen ist, eine Entscheidung fällen.

Die Antwortnote der Entente. Das Reuter-Bureau meldet aus Paris vom 10. September, daß der Oberste Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Forderung der Entfernung des Artikels 61 der deutschen Verfassung beraten hat. Er kam zu der Ansicht, daß die deutschen Bürgschaften unzulänglich sind und daß die deutsche Regierung bevollmächtigte Vertreter nach Paris senden muß, die einen Protest unterzeichnen, in dem alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrage von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso, wie der Vertrag, von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

Eine Aenderung der Verfassung kommt nicht in Frage. Eine Bemerkung der „Nationalzeitung" vom 10. dieses Monats ist dahin aufgefaßt worden, als ob die Reichsregierung beabsichtige, die Nationalversammlung zwecks Aenderung des Art. 61 der Verfassung einzuberufen. Es bedarf kaum des ausdrücklichen Hinweises darauf, daß diese Auffassung unrichtig ist. Die deutsche Regierung hat bekanntlich in ihrer Antwort auf die Ententenote in bindender Form festgestellt, daß der Art. 61 Abs. 2, um den es sich handele, bis zur Entscheidung des Völkerbundes auf Grund des Art. 178 der Verfassung als kraftlos zu betrachten ist, und daß demnach eine Aenderung der Verfassung nicht in Frage kommt. — Havas meldet: Foch ist nach Koblenz abgereist, um die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland zu leiten. Der „Temps" meldet: Drei französische Armeekorps stehen zur Durchführung der Forderung der Verbündeten zur Verfügung Fochs am Rhein.

Die Regierung gegen Ludendorff. General Ludendorff nimmt in seiner soeben bei E. Mittler u. Sohn erschienenen Broschüre Bezug auf das amtliche Weißbuch und sucht den Inhalt dieses Buches dadurch zu erschüttern, daß er behauptet, es wären Unterschlagungen und Unterstellungen vorgenommen worden. Wie hierzu von Regierungsseite mitgeteilt wird, ist das Aktenmaterial absolut authentisch-automatisch abgedruckt worden. Es wird mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß irgendwelche Aenderungen oder Unterschlagungen nicht vorgenommen worden sind. Sollte hier und da vielleicht etwas vergessen worden sein, so wird es nachgeprüft werden. Ludendorff beschwert sich weiter über die in dem Weißbuch vorgenommenen Sperrungen, die in dem Aktenmaterial nicht vorhanden sind. Hierzu wird uns mitgeteilt, daß diese Sperrungen vorgenommen worden sind, um dem Leser zu zeigen, worauf der Ton für die Veröffentlichung liegt. Objektiv ist die Sperrung durchaus notwendig gewesen und es ist deshalb nicht einzusehen, warum Ludendorff hieran Anstoß nimmt. Weiter hat Ludendorff in dem Vorwort der amtlichen Angaben des Weißbuches und der volkstümlichen Ausgabe, die im Verlag Reimar Hobbing erschienen ist, Abweichungen festgestellt. Hierzu ist zu sagen, daß im Abzug des Vorwortes der amtlichen Ausgabe einige Korrekturen vorgenommen worden sind, die anscheinend der Drucker der volkstümlichen Ausgabe vergessen hat.

Besuch eines deutschen Kriegsgefangenenlagers. Major Draut, der Vorsitzende der deutschen Hauptkommission für Kriegsgefangene bei der Friedensdelegation in Versailles, hat gestern in Begleitung des englischen Hauptmanns W. E. Hinchley Cooke von der alliierten Militärmission in Versailles dem Kriegsgefangenenlager von Boulogne erstmals einen Besuch abgestattet. Major Draut hat unsere Kriegsgefangenen in guter Verfassung, gut aussehend und zufriedenstellend gekleidet, angetroffen. Das erste Wiedersehen der Kriegsgefangenen mit einem Vertreter der deutschen Heimat hatte sie wehmütig gestimmt. Jedoch fand Major Draut unendlich viel Interesse bei den Kriegsgefangenen für die jetzigen Zustände in Deutschland. Er wurde mit Fragen bestürmt. Sie wollten wissen, wie steht es mit der Heimat, wie stellt sich die deutsche Zukunft dar. Major Draut konnte in kurzen Zügen den Entwickelungsgang vom alten zum neuen Deutschland schildern und feststellen, daß nicht zum wenigsten die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes den meisten Kriegsgefangenen am Herzen lag. Das gab Mut, die Hoffnung auszusprechen, daß die deutsche Jugend, die in Feindesland schwer gelitten hat, in die Heimat zurückkehrend, das ernste Bestreben haben werde, mitzuarbeiten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. — Nach Pariser Meldungen ist ein großer Teil der deutschen Kriegsgefangenen bereits seit acht Tagen in den Sammellagern zusammengezogen. Auslassungen im „Homme libre" und „Journal" lassen annehmen, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich immer noch von der vorhergehenden Erledigung der Arbeiterfrage für die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich abhängig gemacht wird.

Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges. Laut „Voss. Ztg." hat das Reichsministerium den Prof. Mendelssohn-Bartholdy in Würzburg, den General Grafen Montgelas und Professor Schücking beauftragt, die Veröffentlichung der Urkunden über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges unter voller Benutzung des von Herrn und Frau Kautsky gesammelten Materials zu bearbeiten. Professor Mendelssohn soll die Urkunden über die politischen Vorgänge in den letzten Jahren vor dem Kriege gesammelt herausgeben, damit der Zusammenhang der österreichisch-serbischen Krisis, die zum Kriege geführt hat, mit dem gesamten Komplex der Politik ersichtlich wird. Die Arbeit des Grafen Montgelas wird sich auf die Dinge beziehen, die sich mit dem Augenblick der russischen Gesamtmobilmachung entwickelten. Prof. Schücking wird die diplomatischen Verhandlungen zwischen dem Mord von Serajewo und der russischen Gesamtmobilmachung bearbeiten. Die Arbeiten sollen möglichst beschleunigt werden, da am 22. September der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Tätigkeit aufnimmt.

Verbilligung der Anzugstoffe. Das Einzige, worin seit Abschluß des Friedens ein merkbarer Preisrückgang eingetreten ist, sind die Textilwaren, vor allem die Bekleidungsstücke. Während noch um Weihnachten ein einigermaßen anständiger Herrenanzug nicht unter 1000 Mark zu haben war, stellen jetzt die Geschäfte eine reiche Auswahl von Herrenkonfektion aus, deren Preis für einen guten Anzug zwischen 300 und 500 Mark schwankt — ein weiterer Preisabbau ist für die nächste Zeit zu erwarten, wenn nicht etwa ein Streik in der Bekleidungsbranche diese Hoffnung wieder vernichtet. Nach einer Meldung aus Bremen hat die Zufuhr von Rohbaumwolle aus Amerika wieder begonnen. Dieser Tage ist ein amerikanischer Dampfer aus Galveston mit 12 000 Ballen Baumwolle in Bremen eingetroffen. Weitere Schiffe mit gleicher Ladung werden erwartet. Da zu gleicher Zeit wieder günstige Nachrichten über Creditgewährungen amerikanischer Großkaufleute an deutsche Firmen auftauchen, ist zu erwarten, daß es der deutschen Bekleidungsindustrie bald möglich sein wird, wieder hochwertige Stücke zu erträglichen Preisen auf den Markt zu bringen. Die englischen Firmen, die die Hoffnung hatten, über das besetzte Gebiet [illegible] zu hohen Preisen bei dem [illegible] [illegible] ihrer Verhandlung über die [illegible] der deutschen Industrie durch Amerika Ausdruck gegeben haben.

Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten. Die seit einigen Tagen im Reichsarbeitsministerium zwischen Vertretern der Regierung und Beauftragten der Eisenbahnerverbände geführten Besprechungen näherten sich jetzt dem Ende. Der Eisenbahnminister hat ein Arbeitsreformprogramm ausgearbeitet, das zur Durchführung gelangen soll. Der Vertreter der Eisenbahner machte Bedenken gegen die Einführung des Akkordsystems geltend. Der Allgemeine Eisenbahnerverband, der inzwischen eine Verbandssitzung einberufen hat, steht auf dem Standpunkt, daß man zwar prinzipiell dem Akkordsystem nicht zustimmen könne, daß aber in einigen Werkstätten die Akkordarbeit probeweise für drei Monate eingeführt werden soll.

Tschechoslowakei.

Erlaß gegen die deutschen Schüler in Böhmen. Der Unterrichtsminister hat einen Erlaß herausgegeben, nach welchem die Schüler und Schülerinnen vom Schulbesuch ausgeschlossen sind, die nicht in einer Gemeinde der tschechischen Republik das Heimatsrecht besitzen. Dieser Erlaß richtet sich gegen viele Tausend deutsche Kinder, deren Eltern entweder in Deutschland oder Deutsch-Oesterreich heimatberechtigt sind.

Gesetz gegen den Wucher. Wie aus Prag gemeldet wird, unterbreitete der Justizminister der Nationalversammlung Gesetze gegen den Wucher mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Danach können die Geldstrafen den Betrag von zwei Millionen Kronen erreichen. In schweren Fällen kann das ganze Vermögen konfisziert werden. Wenn in einem Bezirk die Preise so verteuert werden, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört wird, kann das Standrecht verhängt werden.

Frankreich.

Der Generalstreik in Marseille. Eine Versammlung der Dockarbeiter in Marseille hat den Vorschlag der Unternehmer endgültig abgelehnt und sich dem Generalstreik angeschlossen.

Die Debatte über den Friedensvertrag. In der Sitzung der französischen Kammer am 9. ds. Mts. über die Ratifizierung des Friedensvertrages sagte der Abgeordnete Louis Dubois, wie der „Temps" hervorhebt, folgendes: Nach einigen Jahren können einige unserer jetzigen Verbündeten ein materielles Interesse, ich sage nur moralisches und nicht Ehreninteresse daran haben, daß wir nicht bezahlt werden. Geschäftliche Verbindungen werden sich zwischen Deutschland und unseren Verbündeten viel leichter als zwischen Deutschland und uns anknüpfen. Unsere Alliierten sind auf alle Fälle viel eher in der Lage, Geschäfte mit Deutschland zu machen als wir. Aber es ist klar, daß die, die mit Deutschland Geschäfte machen, bezahlt sein wollen. Je mehr Ellbogenfreiheit Deutschland haben wird, umso leichter wird es bezahlen können. Es kann also wohl der Fall eintreten, daß nach einigen Jahren eine gewisse Gegensätzlichkeit der Interessen zwischen den Alliierten von heute vorhanden sein wird.

England.

Instruktionen für die englischen Diplomaten. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" berichtet von einem diplomatischen Rundschreiben der englischen Regierung an ihre Gesandten und Attachees im Ausland, worin die Haltung eines Diplomaten im Verkehr mit Deutschen sämtlichen Personen vorgeschrieben ist. Die Instruktion lautet kurz zusammengefaßt: Seid vorsichtig, zuvorkommend, doch pflegt keinerlei geselligen Verkehr. Die englische Regierung soll in Berlin vorerst durch einen Geschäftsträger vertreten sein; doch wird die Botschaft bald wieder gänzlich hergestellt werden. Der neue englische Geschäftsträger soll eine Persönlichkeit sein, die früher keinerlei Beziehungen zu Deutschland hatte.

Rußland.

Tobolsk von den Bolschewiken genommen. Die „Times" meldet aus Omsk, daß die Roten Truppen Tobolsk besetzt haben. Rote Agenten sind eifrig bestrebt, die Bauern zum Aufstand zu bewegen. Die Sibirier bleiben jedoch der Regierung Koltschaks treu. Die Bolschewisten haben in Samara eine neue Heeresgruppe gebildet. Allen bolschewistischen Behörden ist der Befehl erteilt worden, Vorbereitungen für die Beförderung von Truppen und Material von der unteren Wolga nach Zentralasien zu treffen.

Amerika.

Das Ergebnis der Weizenernte. Dem „Allg. Handelsbl." zufolge wird die Weizenernte in den Vereinigten Staaten auf 928 Millionen Bushels geschätzt oder 6 Millionen Bushels mehr als im letzten Jahre und 182 Millionen mehr als der Durchschnitt der Ernte in den letzten 5 Jahren.

Amerikanische Truppen für Armenien. Wie das Pressebüro „Radio" meldet, hat Wilson im amerikanischen Senat beantragt, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Armenien zu schicken.

Der Streit um den Friedensvertrag. Das Reutersche Bureau meldet aus Chicago vom 10. ds. Mts., daß dort der republikanische Feldzug gegen die vorbehaltlose Ratifizierung des Friedensvertrages mit einer Rede des Senators Johnson eröffnet wurde, der Wilsons maßlose und rauhe Kritik zurückwies. Die Senatoren Borah und Mc. Cormick haben ebenfalls Reden gehalten. — Wie das Pressebüro „Radio" meldet, wurde der deutsche Friedensvertrag vorgestern mit einem 6 Seiten langen Bericht vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten dem Senat vorgelegt. In diesem Berichte wird gesagt, daß die Abänderungsanträge und Vorbehalte den Zweck verfolgen, die amerikanische Unabhängigkeit und Souveränität zu wahren, und daß damit der Wohlfahrt der Menschheit am besten gedient sei. — Nach einer ergänzenden Reutermeldung aus Washington wurde der Friedensvertrag mit Deutschland zusammen mit dem Völkerbundsvertrage dem Senat mit 45 Abänderungen und vielen Vorbehalten unterbreitet. Die Vorbehalte bezüglich des Friedensvertrages sehen das unbedingte Recht des Austritts aus dem Bunde vor und schlagen vor, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen sollen, die sich aus dem Art. 10 ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen. Die Hauptabänderungen fordern, daß Amerika dieselbe Stimmzahl habe, wie Großbritannien, und Schantung an China, statt an Japan, gegeben wird.

Streik der Schutzleute. Die Schutzleute in Boston sind in den Ausstand getreten. Den Truppen ist der Befehl erteilt worden, sich bereit zu halten, um unverzüglich der infolge des Polizeistreiks um sich greifenden Gesetzlosigkeit entgegenzutreten. Allerlei Läden sind geplündert worden. Kleinere Ausschreitungen nehmen an Zahl zu. Der Schaden beträgt über 300 000 Dollar. Es wird gemeldet, daß während der Nacht Frauen angegriffen wurden. Der Pöbel stürmte durch die Straßen, brach mehrere Varieté- und Theatervorstellungen ab, plünderte die Kassen und übte zügellose Zerstörung. Mehrere Personen wurden durch Schüsse und Messerstiche verletzt. Ungefähr 200 Verhaftungen wurden von der schwachen örtlichen Polizei vorgenommen. — Dem „Telegraaf" zufolge wird aus Newport gemeldet, daß die Bergarbeiterkonvention beschlossen hat, einen am 1. November beginnenden allgemeinen Streik zu empfehlen, falls bis dahin keine Einigung erzielt ist.

Südafrika.

Uebernahme Deutsch-Südwestafrikas. Den Blättern zufolge meldet die „Times" aus Kapstadt, daß die südafrikanische Union die Verwaltung Deutsch-Südwestafrikas übernommen habe. Die Union habe absolute Vollmacht über Verwaltung und Gesetzgebung.

Die Kosten der Soldatenräte.

Dem Verlangen der Nationalversammlung nachgebend, hat jetzt der Finanzminister eine Denkschrift über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte bis zum 31. März herausgegeben. Das bemerkenswerteste daran sind die Bemerkungen zu der Mehrzahl der Nummern: „Die Angaben sind noch nicht vollständig." Auch das völlige Fehlen von Angaben wird vermerkt. Die Ausgaben betragen für das Besatzungsheer rund 34 Millionen Mark, für das Feldheer rund 8 Millionen Mark, zusammen 42 Millionen Mark. Diese Summe gliedert sich in folgende Einzelbeträge: a) Kosten, die sich in Grenzen der Bestimmungen der Reichsregierung für den persönlichen und sachlichen Aufwand der Räte halten, rund 18 Millionen Mark, b) Mehrkosten durch Zahlung höherer Gebührnisse, Ausgaben für Privatzwecke und andere nicht zulässige Ausgaben rund 17 Millionen Mark, c) Verluste durch widerrechtliche Aneignung oder Verschleuderung von Heeresgut rund 5 Millionen Mark, d) unverrechnete Vorschüsse 2 Millionen Mark.

Bei der Marine sind für diesen kurzen Zeitraum als feststehende Ausgaben angemeldet: 3 179 215 Mark. Der Chef der Admiralität schätzt indes die Gesamtkosten auf annähernd 10 Millionen Mark. Von den feststehenden Ausgaben werden 685 892 Mark als Mehrkosten durch höhere Gebührnisse, für Privatzwecke usw. und 185 701 Mark als Verluste durch widerrechtliche Aneignung oder Verschleuderung von Heeresgut, 11 040 Mark als unverrechnete Vorschüsse charakterisiert. Bei der Post wurde die Herausgabe von ungefähr 100 000 Mark erzwungen. Die Reichsbankstellen einer großen Anzahl von Städten haben sich Eingriffe der A.- und S.-Räte ohne vorhandene Deckung gefallen lassen müssen, so in Braunschweig (3 Millionen), Helmstedt, Northeim, Posen, Neukölln, Stolp, Freiberg Sa., Bruchsal, Aschersleben und Weinheim. Bei anderen Anstalten haben, zum Teil unter Gewaltandrohung, Abhebungen stattgefunden: So mußten in Spandau Schecks des A.- und S.-Rates in Höhe von 200 000 und 600 000 Mark honoriert werden, ferner in Lübeck, in Osnabrück (70 000 und 80 000 Mark), in Hanau (90 000 und 70 000 Mark). In Saarbrücken wurde 1 Million vom sog. Intendanten des A.- und S.-Rates „beschlagnahmt". Der Betrag wurde später durch die Korpszahlungsstelle Straßburg überwiesen. Aehnliche Vorkommnisse werden aus Wittenberg, Marienburg, Mülheim a. Rh. (74 687,38 Mark erpreßt), Köln, Grätz (Posen) gemeldet. Der Bericht zeigt, daß die Gelder größtenteils den bei Heeresstellen eingerichteten Soldatenräten zuflossen und die Abhebungen späterhin durch die zuständigen Militärbehörden verrechnet worden sind.

Die Mitteilung über die den Bundesstaaten entstandenen Kosten können auch ein vollständiges Bild nicht geben, vor allem, da einige von ihnen noch keinerlei zahlenmäßige Angaben gemacht haben, z. B. Bayern, Sachsen, Hessen, Braunschweig. Die mitgeteilten Kosten belaufen sich auf etwa 22 Millionen, wovon allein auf Preußen rund 19 Millionen entfallen. Wenn allgemein gewaltsame Eingriffe in öffentliche Kassen in Abrede gestellt werden, so stehen dem nicht unerhebliche Erstattungsanträge solcher Kassen an das Kriegsministerium gegenüber, die sich auf erzwungene Zahlungen an Soldatenräte stützen.

28. Deutscher Fleischer-Verbandstag in Dresden.

Am zweiten Verhandlungstage sprach zunächst Obermeister Schmidt-Hannover über „Kommunalisierung der Fleischerei". Er wandte sich scharf gegen alle Bestrebungen der Sozialisierung und Kommunalisierung der Nahrungsmittelwirtschaft, in denen er eine schwere Gefahr für das gesamte Handwerk erblickte. Denselben Standpunkt vertrat auch der Korreferent Herr Dr. Kosch vom Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft, nach dessen Ausführungen die Frage der Sozialisierung und Kommunalisierung heute keine Zweckmäßigkeitsfrage mehr sei, sondern eine politische Prinzip- und Machtfrage. Der Masse der Sozialisten müsse die völlige Geschlossenheit aller Gewerbetreibenden entgegengesetzt werden. Zur Erreichung dieses Zieles habe der Fleischerverband eine Zentralstelle geschaffen, deren Aufgabe es sei, den Kampf gegen die Kommunalisierung und Sozialisierung zu organisieren und mit aller Entschiedenheit zu führen. Diese Zentralstelle sei der Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft. Bereits am 17. September würden in Berlin und anderen größeren Städten des Reiches große Protestkundgebungen stattfinden, um den Willen der Vertreter des Nahrungsmittelgewerbes zum Ausdruck zu bringen. In der sich hieran anschließenden Debatte erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen der beiden Referenten einverstanden, worauf die Versammlung einstimmig eine Entschließung annahm, in der „aus volkswirtschaftlichen Gründen stammender Protest gegen jede Form der Sozialisierung oder Kommunalisierung des Fleischergewerbes" erhoben wird. Es folgte ein Vortrag des Obermeisters Kichelhahn (Chemnitz) über die Regelung der gewerblichen Arbeitsverhältnisse. Die Revolution habe ein Abschwenken der Fleischergesellen nach links gebracht. Vielfach würden übertriebene Lohnforderungen gestellt. Der Referent machte dafür den sozialdemokratischen Zentralverband der Fleischergesellen verantwortlich, dessen Unduldsamkeit sogar soweit ginge, daß er Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ablehne, wenn zu diesen gleichzeitig Vertreter des wirtschaftsfriedlichen Gesellenbundes hinzugezogen würden. Die Meister müßten jedoch auf Gleichberechtigung der Angestelltenverbände bestehen. Der Zentralverband sei der Totengräber des Fleischergewerbes. Der Vorsitzende des Gesellenbundes Brebnow verbreitete sich ebenfalls über den angeblichen Terror des Zentralverbandes, trat für ein Zusammengehen von Meister und Gesellen ein und ersuchte den Verbandstag, dafür zu sorgen, daß zu allen Tarifverhandlungen Vertreter des Gesellenbundes hinzugezogen werden. Beide Redner ernteten stürmischen Beifall. Der Verbandstag erklärte sich mit den schon früher aufgestellten Richtlinien für eine Regelung des Arbeitsverhältnisses einverstanden. — Von den weiteren Beschlüssen interessiert noch eine Resolution, durch welche der Verbandsvorstand beauftragt wird, bei den maßgebenden Stellen dahin vorstellig zu werden, daß neben sonstigen Milderungen insbesondere einheimische Schlachttiere und ebenso Fleischviertel und Organe, bei denen nur die zugehörigen Lymphdrüsen geringe tuberkulöse Veränderungen aufweisen, dem freien Verkehr überlassen werden. — Zum 1. Verbandsvorsitzenden wurde Lonnertz (Köln) einstimmig wiedergewählt. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden fiel auf Wuchers (Hamburg). Der bisherige zweite Vorsitzende, Obermeister Friedrich, hatte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl abgelehnt. — Mit der Wahl von Frankfurt am Main als Ort der nächsten Verbandstagung erreichten die Verhandlungen ihr Ende. Ein Dampferausflug nach der Sächsischen Schweiz am Freitag wird den diesjährigen Verbandstag beschließen.

Vermischtes.

Verworfene Revision. Das Reichsgericht hat gestern die Revision des Arbeiters Theodor Zellerott verworfen, der am 19. Juni vom Schwurgericht Neuruppin wegen Mordes in sechs Fällen und schweren Raubes sechsmal zum Tode verurteilt worden ist. Zellerott hatte am 12. September 1918 in Rheinsberg die [illegible] Wolff sowie zwei andere Personen ermordet und beraubt, ferner am 12. Januar 1919 die [illegible] ermordet und beraubt.